

läufig auch zu falschen Schlüssen über seinen Erziehungsauftrag. So, waren seine Englischstunden gekennzeichnet durch rein formale Unterrichtsmethoden, indem er sich nur auf das Lehrbuch beschränkte. In seinem Unterricht hat er zwar die Bauwerke und Landschaften des Inselreiches behandelt, jedoch den Schülern beispielsweise nicht gesagt, daß auch dort die Mehrheit der Bevölkerung gegen den westdeutschen Militarismus ist und eine friedliche Lösung der deutschen Frage wünscht.

Alle Mitglieder des Pädagogischen Rates (und später in weiteren Aussprachen auch wieder die Genossen) wiesen ihrem Kollegen eindeutig nach, daß auch der Fachlehrer einen festen, politischen Standpunkt gewinnen muß. Denn auch im Fachunterricht muß die Einheit von Bildung und Erziehung gewährleistet sein. Zu meinen, die Erziehung müsse in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern erfolgen, ist pädagogisch falsch.

Die Ratssitzung war für alle sehr aufschlußreich. Bewies sie doch, daß ein Lehrer, der nicht mit dem Kampf der Arbeiterklasse verbunden ist, die Schüler nicht zu sozialistischen Menschen erziehen kann. Die offene und prinzipielle Diskussion förderte die Einheit im Handeln des Lehrerkollektivs und bewirkte eine zielstrebige Arbeit innerhalb des Pädagogischen Rates.

Jetzt sind alle Kollegen intensiver als bisher um ihre politische und fachliche Qualifizierung bemüht. Das spiegelt sich auch in der Tätigkeit der Fachgruppen wider. So beschäftigte sich sehr bald die Fachgruppe Gesellschaftswissenschaften mit der Frage, wie die ständige Behandlung aktueller politischer Fragen im Unterricht gesichert wird. Die Fachgruppe beschloß, eine Hospitation bei einem Kollegen durchzuführen und über die gemeinsame Auswertung dieser Hospitation die Aussprache zu führen, wie die Fächer Geschichte und Staatsbürgerkunde für die klassenmäßige Erziehung unserer Schüler verbessert werden können.

### **Den FDJ-Leitungen helfen**

Wie hat die Parteiorganisation ihren Beschluß über die Hilfe für die FDJ **wirklich?** Für die klassenmäßige Erzie-

hung der Schüler spielt die FDJ, die als sozialistische Massenorganisation die Jugend zur Liebe zur Arbeiterklasse und ihrer Partei erziehen soll, an der Erweiterten Oberschule eine große Rolle. Ein Leitungsmitglied wurde beauftragt, in diesem Schuljahr die Zentrale Schulgruppenleitung systematisch anzuleiten und ihr zu helfen. Die Leitung legte fest, daß es bei dieser Hilfe darauf ankommt, die gewählten Leitungen der FDJ zu befähigen, selbständiger zu arbeiten. Die Parteileitung führte gemeinsam mit dem Genossen Direktor und der Zentralen Schulgruppenleitung eine Schulung des FDJ-Aktivs durch. Dabei ging es darum, Klarheit in den aktuellen politischen Fragen zu schaffen und alle Aktivmitglieder zu veranlassen, um die Verwirklichung des Kampfappells des Zentralrates zu kämpfen. In den 11. und 12. Klassen stellten die Freunde die Notwendigkeit des Eintritts in die bewaffneten Organe für jeden Jungen nach dem Abitur in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit.

Bei den Aussprachen in den FDJ-Gruppen trat wiederholt die Meinung der Schüler auf, sie könnten dem Staat mehr dienen, wenn sie studieren würden. Andere wieder unterschätzten die Gefährlichkeit des westdeutschen Imperialismus. Die Parteileitung beauftragte die Genossen Lehrer, der FDJ bei der Klärung dieser Fragen zu helfen. Auch führten Genossen individuelle Aussprachen mit einzelnen Schülern und Eltern. Das Ergebnis dieser vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus geführten Überzeugungsarbeit war, daß sich alle 63 Jungen der 11. und 12. Klassen bereit erklärten, nach dem Abitur in die bewaffneten Organe einzutreten. Einen entscheidenden Einfluß auf die Schüler aber hatte auch die vorbildliche patriotische Haltung der Lehrer, die sich zu Reservistenlehrgängen der NVA verpflichtet hatten.

Gestützt auf diesen Erfolg, begann die FDJ an Hand des „Offenen Briefes der Jugendbrigade ‚Solidarität‘ des VEB Elektrokohle an die Klasse 12 B 1 der Kant-Oberschule Berlin-Lichtenberg“ die Diskussion über die Gefährlichkeit des Hörens von Westsendern zu führen. Hier unterstützten ebenfalls alle Genossen die FDJ. Über vier Wochen dauerten